

T 005

Lfd.-Nr. 1182

DGB Bezirksvorstand Niedersachsen – Bremen –  
Sachsen-Anhalt

## Das soziale Europa stärken!

1 **[kursiv und durchgestrichen: Erledigt bei Annahme**  
2 **von Antrag G 001]**

3

4 *Ein erfolgreiches Europa kann nur ein soziales, gerechtes, öko-*  
5 *logisches, wirtschaftlich starkes und demokratisches Europa*  
6 *sein. Die neoliberale und marktradikale Politik der vergange-*  
7 *nen*

8 *Jahrzehnte ist spätestens mit der aktuellen Wirtschafts- und*  
9 *Finanzkrise gescheitert. Es gilt, endlich wieder die Menschen*  
10 *in den Mittelpunkt europäischer Politik zu rücken. Gescheitert*  
11 *ist auch die Austeritäts- und Kürzungspolitik, mit der die euro-*  
12 *päischen Regierungen und die EU-Kommission die Krise zu*  
13 *„bekämpfen“ vorgeben. Diese Politik ist falsch, weil sie*

14

- 15 • *die Wirtschaftslage insbesondere in den südeuropäischen*  
16 *Ländern weiter verschlechtert,*
- 17 • *hierdurch die Schuldenstände nicht reduziert, sondern*  
18 *steigert,*
- 19 • *die Arbeitslosigkeit in Europa massiv erhöht,*
- 20 • *durch eine Jugendarbeitslosigkeit von europaweit etwa*  
21 *23 Prozent gerade jungen Menschen besonders schadet,*  
22 *und nicht zuletzt*
- 23 • *die sozialen Rechte und Errungenschaften von Arbeitneh-*  
24 *merinnen,*  
25 *Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften angreift.*

26

27 *Unter dem Einbruch der Konjunktur in Südeuropa haben auch*  
28 *die Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmen in*  
29 *Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt zu leiden: Auf-*  
30 *grund der einbrechenden Nachfrage gehen Märkte in Südeu-*  
31 *ropa verloren. Hier gilt es gegenzusteuern. Nicht Lohnabbau*  
32 *und Kürzungen öffentlicher Ausgaben, sondern eine expansive*  
33 *Wirtschaftspolitik im europäischen Maßstab ist notwendig.*  
34 *Was 2010 und 2011 richtig und erfolgreich war, nämlich öff-*  
35 *entliche Investitionen und Ausgaben auszuweiten, kann 2014*  
36 *nicht falsch sein. Die deutschen Gewerkschaften haben mit ih-*  
37 *rem europäischen Investitionsprogramm aufgezeigt, wie eine*  
38 *expansive Wirtschaftspolitik trotz „Fiskalpakt“ und*  
39 *„Schuldenbremse“ finanziert und umgesetzt werden kann:*  
40 *Durch eine Vermögensabgabe, durch eine Finanztransaktions-*  
41 *steuer und durch einen nachhaltigen wirtschaftlichen Auf-*  
42 *schwung. Europa braucht mehr Investitionen – in die En-*

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:

Erledigt durch Annahme von Antrag G 001

und

Annahme in geänderter Fassung

und

Erledigt durch Annahme von Antrag T 001

43 *ergiewende, in die Infrastruktur, in Wohnungen sowie in so-*  
44 *ziale Dienstleistungen.*

45

46 *Auch in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt gibt es*  
47 *beträchtlichen Nachholbedarf:*

48

- 49 • *Es gilt, die Energiewende voranzubringen durch einen ef-*  
50 *fizienteren Verbrauch von Energie in Unternehmen und*  
51 *Privathaushalten sowie durch einen Ausbau der er-*  
52 *neuerbaren Energien. Dabei spielen Investitionen in die*  
53 *Offshore-Windenergie ebenso wie der Ausbau der En-*  
54 *ergienetze eine zentrale Rolle.*
- 55 • *Es gilt, Wohnungen und Infrastruktur zu erneuern und an*  
56 *die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung anzupas-*  
57 *sen — auch wegen des zunehmenden Altersdurchschnitts*  
58 *und des Bevölkerungsrückgangs in vielen Regionen*  
59 *Niedersachsens, Bremens und Sachsen-Anhalts.*
- 60 • *Es gilt, soziale Dienstleistungen (etwa in Pflege, innerer*  
61 *Sicherheit, öffentlichem Personenverkehr oder Bildung)*  
62 *auszubauen, um Niedersachsen, Bremen und Sachsen-*  
63 *Anhalt zukunftsfähig zu machen.*

64

65 *Eine expansivere Wirtschaftspolitik in Europa setzt auf eine*  
66 *Stärkung der volkswirtschaftlichen Nachfrage. Auch Deutsch-*  
67 *land im Allgemeinen und Niedersachsen, Bremen und Sach-*  
68 *sen-Anhalt haben eine europäische Verantwortung dafür, die*  
69 *Binnennachfrage auszuweiten und damit einen beträchtlichen*  
70 *Beitrag zur Überwindung der Krise zu leisten:*

71

- 72 • *Es gilt, die Löhne in öffentlichem Dienst wie auch in der*  
73 *Privatwirtschaft deutlich zu erhöhen.*
- 74 • *Es gilt, prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne zu*  
75 *bekämpfen — insbesondere durch eine Stärkung des Ta-*  
76 *rifvertragssystems und durch einen allgemeinen gesetzli-*  
77 *chen Mindestlohn. Erste Schritte in die richtige Richtung*  
78 *waren auf Länderebene das Bremer Landesmindestlohn-*  
79 *gesetz, Niedersachsens Tarifreue- und Vergabegesetz*  
80 *und Sachsen-Anhalts „Erklärung zur Stärkung der Tarif-*  
81 *partnerschaft“.*
- 82 • *Es gilt, die Löhne in Ostdeutschland an das Lohnniveau in*  
83 *Westdeutschland anzugleichen.*
- 84 • *Es gilt, die öffentlichen Ausgaben auszuweiten — und*  
85 *durch eine entsprechende Stärkung der Einnahmeseite*  
86 *gegenzufinanzieren.*

87

88

89

90 **[Annahme in geänderter Fassung]**

91

92 Für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und einen Ausgleich  
93 zwischen den verschiedenen starken Regionen in Deutschland  
94 und Europa spielen die EU-Strukturfonds eine wichtige Rolle.  
95 Es gilt, bei Mitteln aus diesen Fonds Gute Arbeit zu stärken.  
96 Viel zu oft und viel zu lange wurden in **Europa in Regionen**  
97 **wie zum Beispiel in** Niedersachsen, Bremen und Sachsen-  
98 Anhalt Mittel **aus den europäischen Strukturfonds** ohne  
99 Rücksicht auf die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen bei  
100 den Zuschussempfängern ausgegeben. Schon auf europäi-  
101 scher Ebene muss vor diesem Hintergrund die Bedeutung von  
102 Sozialpartnerschaft und von Guter Arbeit gestärkt werden.

103

104

105 **[kursiv und durchgestrichen: Erledigt bei Annahme**  
106 **von Antrag T 001]**

107

108 *~~Doch die soziale Dimension Europas muss noch weit darüber~~*  
109 *~~hinaus gestärkt werden; die Arbeit muss ihre Würde zurücker-~~*  
110 *~~langen. Die Verträge der Europäischen Union sind daher um~~*  
111 *~~eine soziale Fortschrittsklausel zu ergänzen, die klarstellt: Im~~*  
112 *~~Konfliktfall haben die Rechte der Arbeitnehmerinnen und~~*  
113 *~~Arbeitnehmer und der soziale Zusammenhalt Vorrang vor den~~*  
114 *~~vier Grundfreiheiten des freien Warenverkehrs, des freien Kapi-~~*  
115 *~~tal- und Zahlungsverkehrs, der Dienstleistungsfreiheit sowie~~*  
116 *~~der Personenfreizügigkeit. Nicht ökonomische Interessen,~~*  
117 *~~sondern demokratische und soziale Rechte müssen zur~~*  
118 *~~Grundlage des europäischen Integrationsprozesses werden.~~*  
119 *~~Eine soziale Fortschrittsklausel stellt klar: Die einzelstaatlichen~~*  
120 *~~Tarifvertragssysteme stellen einen Mindeststandard für Löhne~~*  
121 *~~und Arbeitsbedingungen dar, der nicht unterlaufen werden~~*  
122 *~~darf. Sie ist damit Grundlage für die Durchsetzung des Prinzips~~*  
123 *~~der gleichen Bezahlung am gleichen Ort wie auch für die drin-~~*  
124 *~~gend notwendige Re-Regulierung der europäischen Arbeits-~~*  
125 *~~märkte. Nicht noch mehr Unsicherheit und "Flexibilität",~~*  
126 *~~sondern mehr Sicherheit, mehr sozialer Ausgleich und gleiche~~*  
127 *~~Rechte für alle Menschen in Europa müssen das Ziel sein. Dies~~*  
128 *~~gilt auch für jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die~~*  
129 *~~sich entschließen, zeitweise oder dauerhaft jenseits der Gren-~~*  
130 *~~zen ihres Heimatlands zu leben und zu arbeiten. Die immer~~*  
131 *~~weiter um sich greifende Ausbeutung von Migrantinnen und~~*  
132 *~~Migranten in Europa, wie sie derzeit besonders am Beispiel~~*  
133 *~~der niedersächsischen Fleischindustrie zu Recht in die massive~~*  
134 *~~Kritik von Politik und Medien geraten ist, muss ein Ende ha-~~*  
135 *~~ben.~~*

136

137 *Jene Politik der EU-Kommission und der europäischen Regie-*  
138 *rungen, die auf den Primat der Märkte, auf Austerität, auf so-*  
139 *ziale Unsicherheit und auf den Abbau der Rechte von Arbeit-*  
140 *nehmerinnen und Arbeitnehmer setzt, muss ein Ende haben.*  
141 *Sie hat zuerst in die Krise geführt und diese dann verschärft.*  
142 *Die bevorstehenden Europawahlen sind die Chance, den drin-*  
143 *gend notwendigen Politikwechsel hin zu einem sozialen Eu-*  
144 *ropa herbeizuführen!*